

## **Inhaltliche Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse in sämtlichen Phänomenbereichen**

### **I. RECHTSEXTREMISMUS**

#### **A. Wesentliche Entwicklungen**

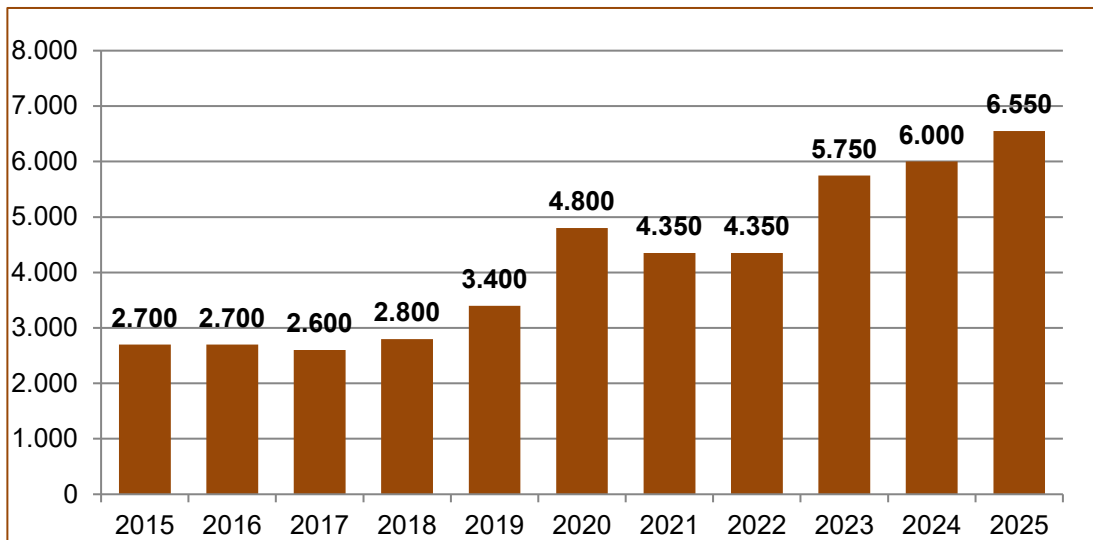
- Rechtsextremisten profitieren von den Auswirkungen internationaler Konflikte auf politische Entwicklungen in Deutschland (u. a. Migration, Wirtschaft, Sozialstaat und Rüstungsausgaben) sowie von gesellschaftlichen Themen mit „Empörungspotenzial“ (u. a. LGBTQIA+-Gemeinschaft)
- Vernetzung von Rechtsextremisten über Organisationen und Altersgruppen hinweg und mitunter zunehmend konspirativ
- Personenpotenzial stieg weiter an bei gleichzeitiger Verstärkung der Szene-Verjüngung
- Rückgang der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten

#### **B. Personenpotenzial**

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Sachsen belief sich im Jahr 2025 auf insgesamt 6.550 Personen. Dieser erneute Anstieg steht analog der Vorjahre vor allem mit dem der Partei ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD) – LANDESVERBAND SACHSEN zugerechneten Personenpotenzial in Zusammenhang. Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von hier bekannten Doppelmitgliedschaften bei rechtsextremistischen Parteien.

Die angegebenen Werte beruhen auf Schätzungen sowie Rundungen und berücksichtigen zudem das sog. Dunkelfeld. Dem LfV Sachsen liegen nicht zu allen in den folgenden Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor.

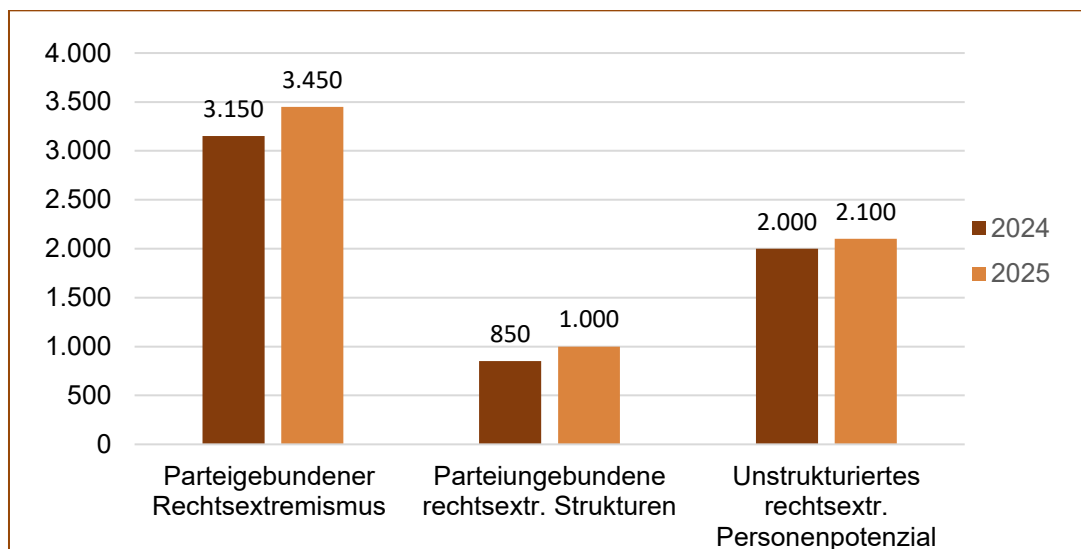
## Rechtsextremistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



Das rechtsextremistische Personenpotenzial wird bundesweit nach seinem jeweiligen Organisationsgrad erfasst. Dieses Kategoriensystem untergliedert sich dementsprechend in die Bereiche:

1. parteigebundener Rechtsextremismus,
2. parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen und
3. unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.

## Rechtsextremistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen nach Organisationsgrad gegliedert



## Entwicklung der Gewaltorientierung

Von den rund 6.550 Rechtsextremisten werden in Sachsen ca. 1.450 als gewaltorientiert eingestuft (2024: 1.400; 2023: 1.400). Zu den gewaltorientierten Rechtsextremisten zählen

Personen, die Gewalt befürworten, die Anwendung von Gewalt unterstützen oder gewaltbereit bzw. als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind.<sup>1</sup>

Rechtsextremistische Parteien	Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen <sup>3</sup>	Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial <sup>4</sup>
2025: ca. 3.450 <sup>2</sup> 2024: ca. 3.150	2025: ca. 1.000 2024: ca. 850	2025: ca. 2.100 2024: ca. 2.000

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD) - LANDESVERBAND SACHSEN 2025: ca. 2.000 2024: ca. 1.550	NEONATIONALSOZIALISTEN / SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN (in Strukturen) 2025: ca. 950 2024: ca. 780
JUNGE ALTERNATIVE (JA) (bis 22. Februar 2025) 2025: ca. 200 2024: ca. 200	IDENTITÄRE BEWEGUNG DEUTSCHLAND - SACHSENGARDE 2025: ca. 35 2024: ca. 50
DIE HEIMAT 2025: ca. 130 2024: ca. 150	EIN PROZENT 2025: ca. 10 2024: ca. 10
JUNGE NATIONALISTEN (JN) 2025: ca. 80 2024: ca. 60	PEGIDA <sup>5</sup> 2025: ca. 5 2024: ca. 10
DER DRITTE WEG 2025: ca. 160 2024: ca. 160	
FREIE SACHSEN 2025: ca. 1.100 2024: ca. 1.200	

<sup>1</sup> vgl. zur Entwicklung der rechtsextremistischen Straftaten Kapitel 1.7 Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

<sup>2</sup> Aufgrund von Doppelmemberschaften insbesondere in rechtsextremistischen Parteien entsprechen die Gesamtzahlen 2024 und 2025 nicht der Summe der jeweiligen Einzelwerte.

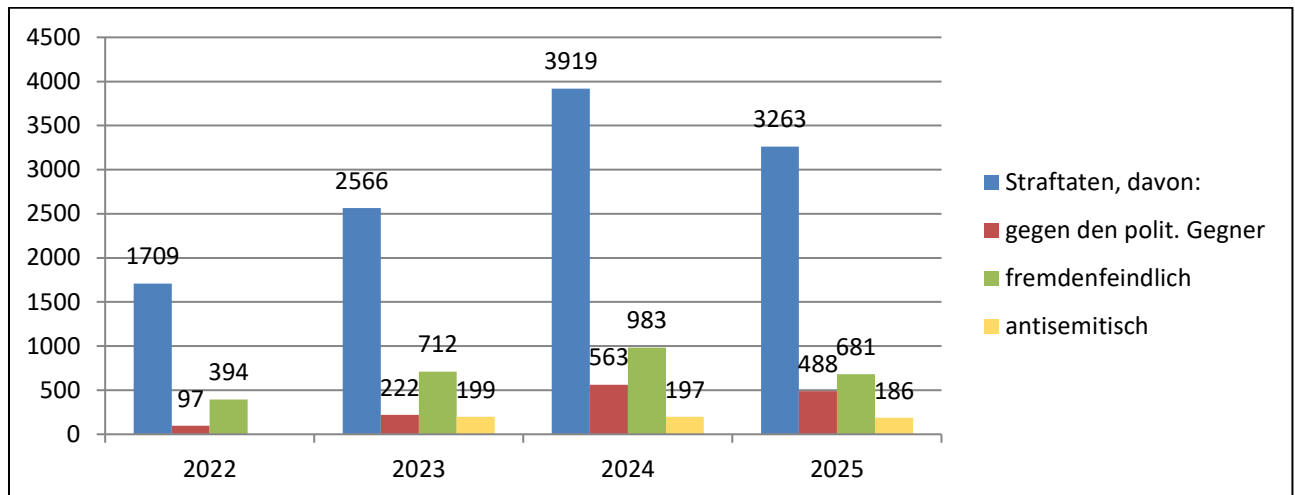
<sup>3</sup> Mehrfachmemberschaften sind möglich

<sup>4</sup> Dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial werden Rechtsextremisten zugeordnet, die keiner Partei oder Organisation zugerechnet werden können, wie beispielsweise rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter.

<sup>5</sup> PEGIDA ist im Berichtsjahr nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung getreten.

## C. Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

### Rechtsextremistische Straftaten insgesamt



Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ist im Berichtsjahr zwar zurückgegangen, befindet sich aber immer noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Die darin enthaltene Zahl der Straftaten gegen den politischen Gegner nahm im Vergleich zum Vorjahr zwar ab, blieb im langfristigen Vergleich mit den Vorjahren aber weiterhin hoch.

Auch die fremdenfeindlichen Straftaten nahmen gegenüber dem Vorjahr ab. Mit 681 für das Jahr 2025 registrierten fremdenfeindlichen Straftaten mit Extremismusbezug bewegen sich die Zahlen jedoch weiterhin im Bereich der einstigen Höchstwerte der Jahre 2015 (784) und 2016 (692). Die Abnahme dieser Delikte gegenüber dem Jahr 2024 stellt daher eher einen Rückgang auf hohem Niveau als eine Trendumkehr dar.

Propagandadelikte (u. a. die Verbreitung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen) und Volksverhetzungsdelikte machten mit einem Anteil von 84,5 % (2.757 Straftaten) nach wie vor den weit überwiegenden Teil der rechtsextremistischen Straftaten aus (2024: 83,5 %, 3.271 Straftaten).

Vor dem Hintergrund des weiter bestehenden Nahostkonflikts blieben die antisemitischen Straftaten mit Extremismusbezug im Bereich Rechtsextremismus mit 186 im Jahr 2025 gegenüber 197 im Jahr 2024 auf gleichem Niveau. Darunter machten die Gewaltstraftaten mit drei Straftaten im Berichtsjahr und zwei im Jahr 2024 einen äußerst geringen Anteil aus.

Im Berichtsjahr waren folgende, besonders schwerwiegende rechtsextremistische Straftaten zu verzeichnen:

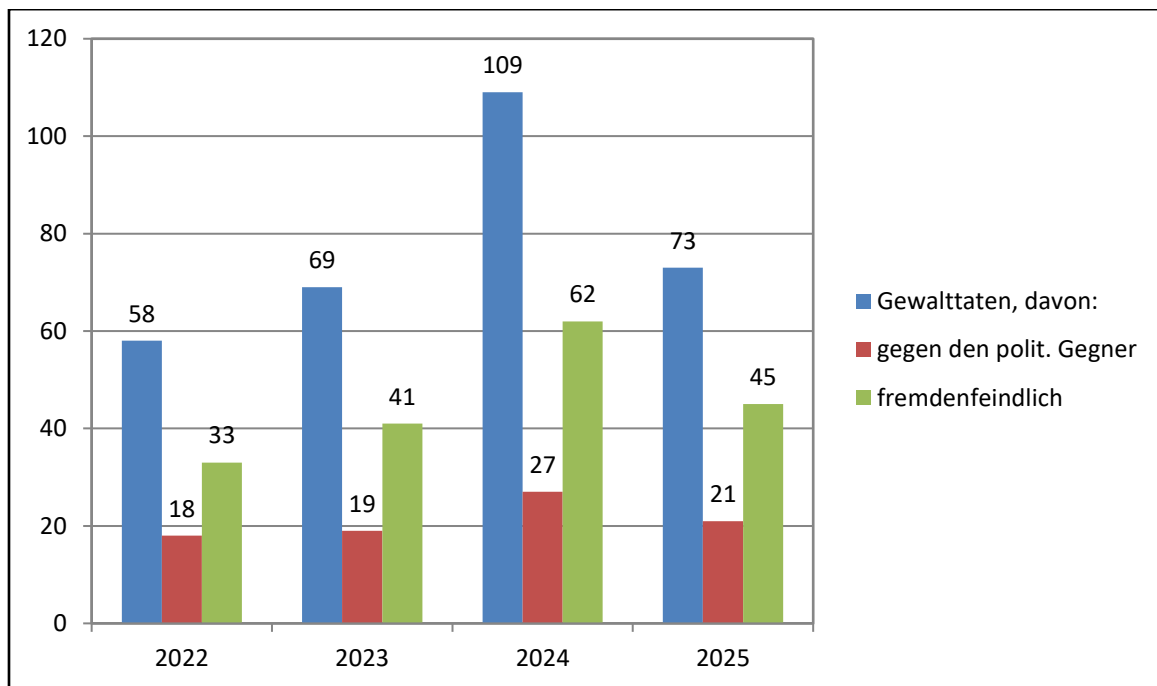
- Im Januar erwarb ein sächsischer Rechtsextremist in Tschechien zwei sog. Kugelbomben (Kaliber 100 Millimeter, Kategorie 4) für einen mit anderen Mitgliedern der Gruppierung LETZTE VERTEIDIGUNGSWELLE (eigene Abkürzung L.V.W.) geplanten Brandanschlag auf eine bewohnte Asylbewerberunterkunft in Senftenberg (Brandenburg). Die Gruppierung wollte im Februar die Sprengkörper zur Nachtzeit zeitverzögert und nacheinander in eines der unteren Fenster der Unterkunft werfen. Die so herbeigeführte Explosion im Erdgeschoss sollte die Unterkunft vor allem wegen der darin befindlichen Möbel und Vorhänge rasch in Brand setzen, um hierdurch den Tod der in den oberen Stockwerken schlafenden Bewohner herbeizuführen. Bevor der bereits sehr konkrete Anschlagplan umgesetzt werden konnte, wurden die Gruppenmitglieder festgenommen. Der Generalbundesanwalt hat gegen den Käufer

der Kugelbomben und sieben weitere Mitglieder der L.V.W. Anklage vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erhoben.<sup>6</sup>

- In der Nacht vom 26. zum 27. Juli wurde im Dresdner Stadtteil Striesen eine als politisch links wahrgenommene Person von zwei Rechtsextremisten beleidigt. Sie rissen dem Geschädigten verschiedene Aufnäher von der Jacke und bedrohten ihn. Nachdem er flüchten konnte, holten sie ihn wieder ein und schlugen mit einer Glasflasche gegen seinen Kopf. Danach schlugen sie noch mehrfach auf ihn ein, als er am Boden lag. Der Geschädigte erlitt schwere Verletzungen. Die Tatverdächtigen konnten festgenommen werden.

Gegen die auf Grundlage von Haftbefehlen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes festgenommenen acht Personen, die dringend verdächtig sind, eine terroristische Vereinigung namens „Sächsische Separatisten“ gebildet zu haben (§ 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB), wurde im Berichtsjahr Anklage vor dem Staatsschutzsenat des Sächsischen Oberlandesgerichts erhoben. Die Gerichtsverhandlung findet im Jahr 2026 statt.<sup>7</sup>

### Rechtsextremistische Gewalttaten<sup>8</sup> als Teilmenge der Straftaten



Nachdem die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten im Jahr 2024 im dreistelligen Bereich lag, ist sie im Jahr 2025, wie in den Jahren 2019 bis 2023, wieder in den zweistelligen Bereich gesunken. Der prozentuale Anteil der Gewalttaten am Gesamtaufkommen der rechtsextremistischen Straftaten belief sich auf 2,2 % (2022: 3,4 %, 2023: 2,7 %, 2024: 2,8 %).

Die Anzahl der fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten ging zwar zurück, bleibt aber der zweithöchste Wert der letzten Jahre. Ihr Anteil an allen rechtsextremistischen Gewaltstraftaten

<sup>6</sup> vgl. Beitrag II.1.5 Militanter Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus

<sup>7</sup> vgl. Beitrag II.1.5 Militanter Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus

<sup>8</sup> Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst u. a. Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch und Widerstandsdelikte; siehe hierzu unter [www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts\\_node.html](http://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts_node.html) (Stand: 23. März 2026)

stieg auf rund 62 % (2022: 57 %, 2023: 59 %, 2024: 57%). Grund dafür dürfte sein, dass die Themen Migration und Asyl für Rechtsextremisten unverändert eine hohe Bedeutung haben.

Insgesamt 21 und damit fast 29 Prozent aller rechtsextremistischen Gewalttaten richteten sich im Berichtsjahr gegen den politischen Gegner, wozu (vermeintliche) Linksextremisten ebenso zählen wie beispielsweise die LGBTQIA+-Gemeinschaft.

Im langfristigen Vergleich ist die Anzahl verübter Gewalttaten durch Rechtsextremisten allerdings insgesamt rückläufig (2025: 73, 2024: 109; 2023: 69; 2022: 58; 2018: 138; 2016: 145; 2015: 201).

### Aufteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten

	rechtsextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2023	2024	2025	2023	2024	2025
<b>Leipzig (Stadt)</b>	347	556	382	16	25	19
<b>Dresden (Stadt)</b>	378	500	532	17	17	20
<b>Chemnitz (Stadt)</b>	183	227	282	7	4	4
<b>Vogtlandkreis</b>	108	224	140	0	2	0
<b>Lkr. Zwickau</b>	275	441	335	8	14	4
<b>Erzgebirgskreis</b>	156	201	140	3	3	0
<b>Lkr. Mittelsachsen</b>	180	233	168	2	1	1
<b>Lkr. Meißen</b>	109	220	174	1	6	5
<b>Lkr. Sächs. Schweiz-Osterzgebirge</b>	122	234	218	2	5	2
<b>Lkr. Bautzen</b>	194	350	269	3	16	4
<b>Lkr. Görlitz</b>	154	270	250	0	4	4
<b>Lkr. Leipzig</b>	188	262	235	6	7	7
<b>Lkr. Nordsachsen</b>	172	201	138	4	5	3
<b>Freistaat Sachsen</b>	<b>2.566</b>	<b>3.919</b>	<b>3.263</b>	<b>69</b>	<b>109</b>	<b>73</b>

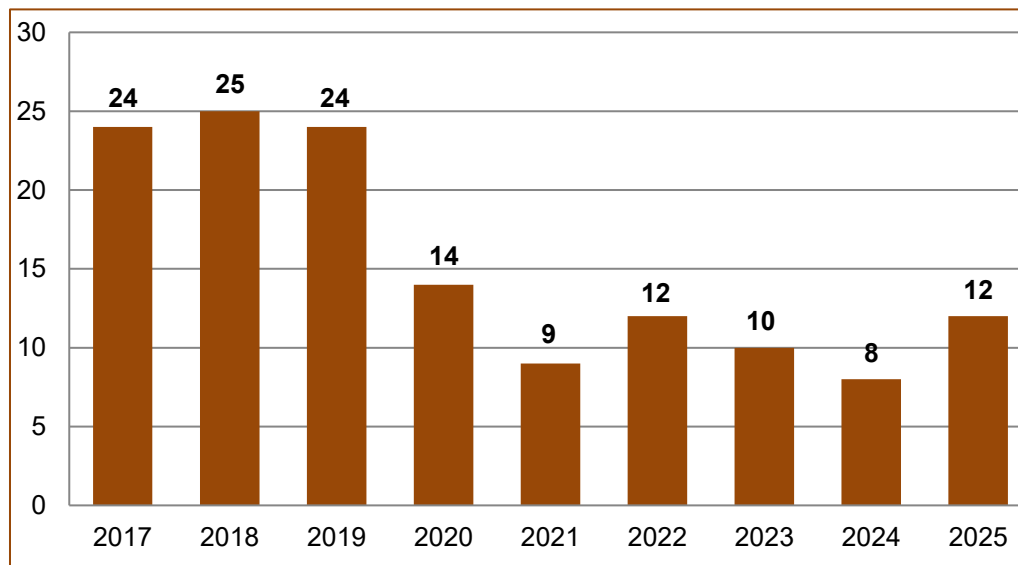
## D. Entwicklung hinsichtlich rechtsextremistischer Musikveranstaltungen

Die SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTISCHE SZENE organisierte im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr wieder mehr Konzerte im Freistaat Sachsen. Da sie jedoch nach wie vor keinen Zugriff auf ein dauerhaft verfügbares Konzertobjekt hat, nutzten die Veranstalter für ihre nunmehr stärker konspirativ organisierten Veranstaltungen Objekte u. a. von Garten- oder Sportvereinen und verschleierten den wahren Anlass für die Buchung der Räumlichkeiten gegenüber den Vermietern. So fanden im Berichtsjahr unter dem Vorwand angeblicher „Geburtstagsfeiern“ mehrere kleinere Konzerte mit Teilnehmerzahlen im zweistelligen Bereich statt.

Insgesamt konnten im Berichtsjahr 12 rechtsextremistische Konzerte (2024: acht) festgestellt werden. Drei dieser Konzerte, von den Veranstaltern als „Geburtstagsfeiern“ deklariert, löste die Polizei mit der Begründung auf, die Vermieter seien hinsichtlich des wahren Anlasses für die Veranstaltung getäuscht bzw. im Objekt seien Brandschutzmängel festgestellt worden.

Die Anzahl der Liederabende und sonstigen Musikveranstaltungen sank im Berichtsjahr von 48 (2024) auf 35. Drei weitere geplante Veranstaltungen wurden verboten bzw. verhindert: Einen Auftritt von KAVALLIER verhinderte am 24. Januar die Polizei in Eilenburg (Landkreis Nordsachsen). Am 14. Februar konnte die Polizei einen weiteren Liederabend in Zwickau unterbinden. Einen Tag später, am 15. Februar, setzte die Polizei einer Szeneveranstaltung in einer Kleingartenanlage in Dresden ein Ende, wo Live-Musik gespielt werden sollte.

### Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



Im Freistaat Sachsen waren im Berichtsjahr 35 (2024: 30) rechtsextremistische Musikgruppen, Liedermacher und Solointerpreten aktiv.

Insgesamt produzierten sächsische Bands bzw. Musiker 19 Tonträger (Alben, Split-CDs) und beteiligten sich an vier Samplern. Darüber hinaus wirkten Bands bzw. einzelne Interpreten an zwei Tonträgern von Musikern bzw. Bands anderer Bundesländer mit. Die Produktion von Tonträgern hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (2024: 14) weiter erhöht.

## **E. Durch Rechtsextremisten genutzte Immobilien**

Entsprechend einer bundesweit im Verfassungsschutzverbund abgestimmten verbindlichen Definition gelten diejenigen Immobilien als „rechtsextremistisch genutzte Immobilien“, bei denen eine uneingeschränkte grundsätzliche Zugriffsmöglichkeit durch Eigentums- oder Besitzverhältnis oder durch ein Kenn- und Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen besteht. Voraussetzung ist zudem eine politisch ziel- und zweckgerichtete wiederkehrende Nutzung. Gemäß dieser Definition gibt es in den kreisfreien Städten und Landkreisen insgesamt 35 „rechtsextremistisch genutzte Immobilien“ (2024: 37).

Immobilien haben eine essentielle Bedeutung für die rechtsextremistische Szene. Entweder stehen die Objekte im Eigentum von Rechtsextremisten, oder aber diese schließen Mietverträge für eine langfristige Nutzung von Immobilien ab. In den "eigenen vier Wänden" leben sie ihre verfassungsfeindliche Ideologie ungestört aus, können auf unkomplizierte Weise regelmäßig zusammenkommen und Veranstaltungen, wie beispielsweise Konzerte, ausrichten. Immobilien sind somit "Rückzugsorte" für Rechtsextremisten, können aber auch offensiv genutzt werden. So dienen zentral gelegene Büros rechtsextremistischer Parteien dazu, im öffentlichen Raum auf die Partei aufmerksam zu machen und eine feste Anlaufstelle für Mitglieder und Interessenten zu sein.

Grundsätzlich sind Rechtsextremisten aber bestrebt, Immobilien nach Möglichkeit außerhalb urbaner Zentren zu erwerben. Vor allem in Ostdeutschland und demzufolge auch im Freistaat Sachsen finden sie nicht selten langjährig leerstehende Gebäude in ländlicher Abgeschiedenheit, die sie unter Umständen über Strohmannen von privater Hand preiswert erwerben, herrichten und dann entsprechend ihrer verfassungsfeindlichen Agenda nutzen.

Da in den meisten Miet- und Kaufobjekten diverse interne oder externe Veranstaltungen stattfinden, dienen Immobilien insbesondere der Finanzierung der Szene. Der Immobilienbesitz ist nicht nur ein Statussymbol, sondern auch ein fester Bestandteil eines szeneeigenen Finanz- und Wirtschaftskreislaufs, ohne den Rechtsextremisten entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt in die Gesellschaft hineinwirken könnten. Durch interne Veranstaltungen binden Rechtsextremisten Mitglieder und Anhänger, die Beiträge oder ggf. Spenden entrichten, an sich. Damit ist langfristig für regelmäßige Einnahmen gesorgt. Bei externen Veranstaltungen - beispielsweise Konzerten - müssen Besucher nicht nur Eintrittsgelder entrichten. Zumeist werden in den Objekten Tonträger und Merchandising-Artikel verkauft. Die erzielten Einnahmen sorgen ebenfalls für einen beständigen Geldfluss innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

## **II. REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER**

### **A. Wesentliche Entwicklungen**

- Marginaler Rückgang des Personenpotenzials auf 3.000 Personen
- Verbot der REICHSBÜRGER-Gruppierung KÖNIGREICH DEUTSCHLAND (KRD) durch den Bundesinnenminister am 13. Mai 2025
- Anteil der Rechtsextremisten innerhalb dieses Spektrums nach wie vor niedrig
- Hohe Waffenaffinität dieser heterogenen Szene; deshalb intensive Zusammenarbeit des LfV Sachsen mit Waffenbehörden im Rahmen des Waffenrechts

## **B. Personenpotenzial**

Der sehr heterogenen Szene der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER im Freistaat Sachsen wurden im Berichtsjahr 3.000 Personen zugerechnet. Das sind 100 Personen weniger als im Berichtsjahr 2024.

Der Anteil der Rechtsextremisten innerhalb dieses Spektrums betrug 2,6 Prozent (79 Personen) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr nur leicht gesunken.

Das LfV Sachsen hat im Jahr 2025 Erkenntnisse zu 35 Personen aus dem Spektrum der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER an die Waffenbehörden übermittelt.

In den Jahren 2020 bis 2023 verdreifachte sich das Personenpotenzial nahezu von 1.050 auf 3.000 Szenezugehörige, was vor allem mit deren Ablehnung der in diesen Zeitraum fallenden staatlichen Corona-Maßnahmen zu erklären war. Im Zuge der intensiven Zusammenarbeit zwischen dem LfV Sachsen und Behörden in den Kommunen sowie auf Landes- und Bundesebene konnte im Laufe dieser Jahre zugleich die Erkenntnisgewinnung über die Szene fortwährend verbessert und das Dunkelfeld dadurch weiter erhellt werden. Das Verbot des KÖNIGREICHS DEUTSCHLAND (KRD) durch den Bundesinnenminister wirkte sich im Berichtsjahr im Übrigen noch nicht auf die Entwicklung des Personenpotenzials aus.

Die soziodemographische Struktur der Szene weist im Vergleich zu anderen extremistischen Phänomenbereichen Besonderheiten auf. So bleibt der Frauenanteil mit ca. 38 Prozent verhältnismäßig hoch. Wegen des deutlich höheren Altersdurchschnitts von rund 50 Jahren wird bei REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN auch von einer „Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte“ gesprochen.

Grundsätzlich sind REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER weniger in festen Strukturen organisiert, sondern agieren überwiegend als Einzelpersonen bzw. Kleingruppen. Allerdings erfolgt auch bei diesen Einzelpersonen eine Vernetzung außerhalb strukturierter Organisationen, indem auf vielfältige Angebote und lose Gruppen vor allem im digitalen Raum zugegriffen werden kann.

In absoluten Zahlen wohnen die meisten REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER im Erzgebirgskreis, dem Landkreis Bautzen und der Landeshauptstadt Dresden. In Relation zur Einwohnerzahl führen allerdings die Landkreise Görlitz, Bautzen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Statistik an. Ebenfalls in Relation zur Einwohnerzahl sind die wenigsten REICHSBÜRGER in den Städten Leipzig und Chemnitz sowie dem Landkreis Zwickau erfasst. Damit sind die Anhänger der Szene weiterhin vorrangig dem ländlichen Raum zuzuordnen.

## **III. VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTE DELEGITIMIERUNG DES STAATES**

### **1. Wesentliche Entwicklungen**

- Rückgang der Aktivitäten und des Personenpotenzials
- Netzbildung von DEL-Akteuren mit Rechtsextremisten und REICHSBÜRGERN
- ORGANISATIONSTEAM DER MONTAGSDEMONSTRATIONEN IN GÖRLITZ mobilisiert wöchentlich sein Protest-Stammklientel
- Aufgrund des deutlichen Rückgangs des Personenpotenzials stellte das LfV Sachsen fest, dass an der Fortführung dieses eigenständigen Phänomenbereichs ab dem Jahr 2026 kein tatsächlicher Bedarf mehr besteht

Relevant im Sinne des Phänomenbereiches sind Agitationen, die den Staat massiv verächtlich machen mit dem Ziel, das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit des Staates von Grund auf zu erschüttern. In diesem Sinne beabsichtigen sog. „Delegitimierer“ in ihrer Agitation eben keine kritische und sachliche Auseinandersetzung im Rahmen des demokratisch legitimierte Meinungsdiskurses. Stattdessen zielen sie ganz bewusst darauf ab, die Bevölkerung in Bezug auf politische Entscheidungen zu verunsichern und ihr Misstrauen in die Funktionsweise staatlicher Institutionen zu schüren. Die Abgrenzung gegenüber einer legitimen Meinungsäußerung ergibt sich bei sog. „Delegitimierern“ demnach vor allem aus dem Ziel, das sie mit ihrer Agitation verfolgen. Ebenso verfassungsschutzrelevant ist aber auch die Rhetorik, die diese Extremisten beispielsweise in ihren Reden anwenden, um ihren verfassungsfeindlichen Zielen öffentlichkeitswirksam Nachdruck zu verleihen.

In Abgrenzung zu Rechtsextremisten oder REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN ist bei Akteuren der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ grundsätzlich kein ideologischer Hintergrund feststellbar, der den bisherigen etablierten Phänomenbereichen zugeschrieben werden kann. Ihre Agitation zielt einzig und allein auf die Überwindung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung ab.

Die Aktivitäten der „Delegitimierer“ sind im Berichtszeitraum zurückgegangen. Die klassischen, sich zur festen Routine entwickelten Montagsdemonstrationen bildeten dabei zwar immer noch die Basis, entfalteten jedoch nicht mehr die wirkungsvolle Gruppendynamik wie noch im Jahr 2024.

## **B. Personenpotenzial**

Das LfV Sachsen analysiert im Hinblick auf diesen Phänomenbereich fortwährend jeden Einzelfall und prüft, ob tatsächliche Anhaltspunkte für eine DEMOKRATIEFEINDLICHE UND/ODER SICHERHEITSGEFÄHRDENDE DELEGITIMIERUNG DES STAATES vorliegen.

Für das Berichtsjahr werden diesem Beobachtungsobjekt in Sachsen ca. 150 Personen zugeordnet. Dieser mittlerweile tendenziell rückläufige Personenkreis ist entweder einem konkreten Personenzusammenschluss zuzuordnen, oder Einzelpersonen erfüllen die Kriterien für eine Zuordnung. Die rückläufige Tendenz ist überwiegend damit zu begründen, dass Bestrebungen ihre Aktivitäten eingestellt bzw. sich aufgelöst haben.

## **Ausblick**

Im Berichtsjahr stellte sich heraus, dass an der Fortführung des Phänomenbereichs „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ als selbstständigem Phänomenbereich kein tatsächlicher Bedarf mehr besteht. Seit seiner Einführung im Jahr 2021 hat er sich bundesweit unterschiedlich stark entwickelt, was insbesondere im deutlichen Rückgang des Personenpotenzials seinen Ausdruck fand.

Personen aus der sog. Delegitimiererszene werden seit dem 1. Januar 2026 durch das LfV Sachsen beobachtet, soweit diese Personen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgen, ohne einem konkreten Phänomenbereich zugeordnet werden zu können.

## IV. LINKSEXTREMISMUS

### A. Wesentliche Entwicklungen

- Spaltung der linksextremistischen Szene in ein pro-palästinensisches und ein pro-israelisches, antideutsches Lager
- Anstieg des Personenpotenzials mit starken Zuwächsen bei DOGMATISCHEN LINKSEXTREMISTEN und Rückgang bei den AUTONOMEN
- Antifaschismus, Antirepression, Antikapitalismus, Antiimperialismus und Antimilitarismus bleiben zentrale Aktionsfelder von Linksextremisten
- Anzahl der Gewaltdelikte steigt im Vergleich zum Vorjahr um 47 Prozent

### B. Personenpotenzial

Die AUTONOME SZENE dominiert den Linksextremismus im Freistaat Sachsen. Ihr gehörten im Berichtsjahr ca. 400 Personen an (2024: ca. 420 Personen). Regional und bundesweit bleibt die AUTONOME SZENE LEIPZIG neben den Szenen in Berlin und Hamburg ein Schwerpunkt autonomer Aktivitäten. Die AUTONOME SZENE in Sachsen betrachtet auch weiterhin die Begehung schwerster Straftaten als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Wesentlich stärker als in der Vergangenheit beruft sie sich inzwischen auf anarchistische Wurzeln, ohne dabei grundlegende autonome Aktionsfelder aufzugeben. Die Grenzen zwischen autonomen und anarchistischen Strömungen verschwimmen zunehmend. Diese Tendenz machte sich vor allem bei Demonstrationen bemerkbar. Dort zeigten sich anstelle von „autonomen Blöcken“ vermehrt „anarchistische Blöcke“, die u. a. mit entsprechenden Transparenten auf sich aufmerksam machten. Durch diese breitere ideologische Basis soll das Fundament für weitreichende regionale, überregionale und internationale Vernetzungen gelegt werden.

Die Unterstützung der untergetauchten Linksextremisten im „Budapest-Komplex“ sowie im „2. Antifa- Ost-Verfahren“ setzte sich sachsenweit fort. Die Solidarisierung mit den Tatverdächtigen stellt eine Kontinuität zum Prozess gegen Lina E. und weitere Angeklagte dar. Somit sah sich die AUTONOME SZENE auch im Berichtsjahr weiterhin in den Themenfeldern „Antifaschismus“ und „Antirepression“ am stärksten bestätigt.

Insgesamt konnte jedoch erneut ein Rückgang der Aktivitäten von AUTONOMEN verzeichnet werden, einhergehend mit einem marginal geringer gewordenen Personenpotenzial ohne signifikante regionale Veränderungen. Diese Entwicklung dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit auf andauernde polizeiliche Ermittlungsverfahren zurückzuführen sein, welche die Szene in ihrem gewalttätigen Handlungsspielraum einschränken. Dennoch übt die Szene weiterhin eine Anziehungskraft auf jüngere Menschen aus. Zugleich war im Berichtsjahr erneut festzustellen, dass das dogmatische Spektrum einen höheren Zuwachs insbesondere an jungen Szeneangehörigen verzeichnete. Möglicherweise war deren konstantes Aktionsniveau gepaart mit einem strukturierten und kämpferischen Auftreten sowohl in den sozialen Medien als auch im Versammlungsgeschehen ausschlaggebend für diese Entwicklung.<sup>9</sup>

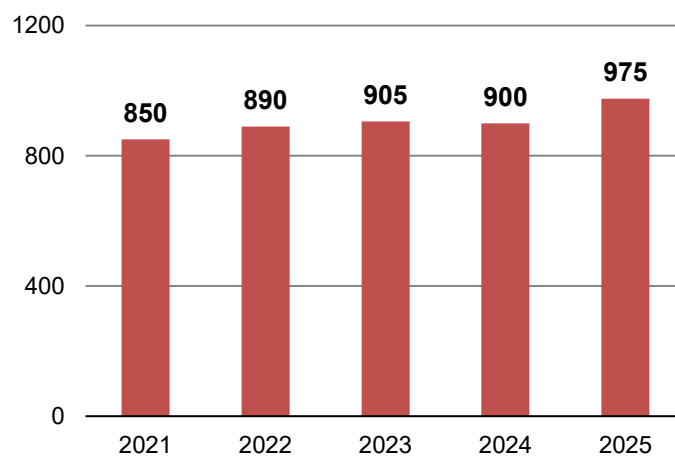
Das Aktions- und Personenpotenzial der orthodox-kommunistischen Bestrebungen in Sachsen erhöhte sich im Berichtsjahr stetig. Diese Entwicklung ging sowohl von den erst seit wenigen Jahren bestehenden gewaltorientierten Gruppierungen wie JUGEND IM KAMPF, KOLLEKTIV ZWICKAU und ROTER AUFBRUCH DRESDEN sowie von den sich etablierenden Strukturen des KOMMUNISTISCHEN AUFBAUS und der FÖDERATION KLASSENKÄMPFERISCHER

---

<sup>9</sup> vgl. Beitrag II.5.6 DOGMATISCHE LINKSEXTREMISTEN

ORGANISATIONEN (FKO) in Leipzig als auch von nicht gewaltorientierten Nachwuchsorganisationen etablierter DOGMATISCHER PARTEIEN, wie der SDAJ (DKP), aus. Diese Gruppierungen werden durch junge Akteure geprägt, welche die sozialen Medien intensiv nutzen, bei der Verbreitung verfassungseindlicher Ziele eine hohe Reichweite erzielen und auf diese Weise neue Mitglieder rekrutieren. Im Zuge dieses Agierens sehen sie in der notwendigen Etablierung einer kommunistischen Ordnung die vermeintlich einfache Lösung für globale Krisen (u. a. Ukraine-Krieg, Gaza-Krieg, Einführung der Wehrpflicht, Klimawandel, soziale Ungerechtigkeit). Basierend auf der hohen Zahl an Aktivitäten und Gruppierungen, die mit einem Rückgang der Präsenz AUTONOME im Versammlungsgeschehen<sup>10</sup> einhergehen, wird das orthodoxe Spektrum weiterhin eine bedeutende Stellung in der linksextremistischen Szene im Freistaat Sachsen einnehmen.

### Linksextremistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen im Jahr 2025



<p><b>Gewaltorientierte Linksextremisten<sup>11</sup></b>                  2025: ca. 690                  2024: ca. 660</p>	<p><b>Nicht gewaltorientierte DOGMATISCHE LINKSEXTREMISTEN und sonstige Linksextremisten<sup>12</sup></b>                  2025: ca. 285                  2024: ca. 240</p>
---	---

davon

<p><b>AUTONOME</b>                  2025: ca. 400                  2024: ca. 420</p>
<p><b>ANARCHISTEN</b>                  2025: ca. 160                  2024: ca. 150</p>
<p><b>DOGMATISCHE LINKSEXTREMISTEN</b>                  2025: ca. 130                  2024: ca. 90</p>

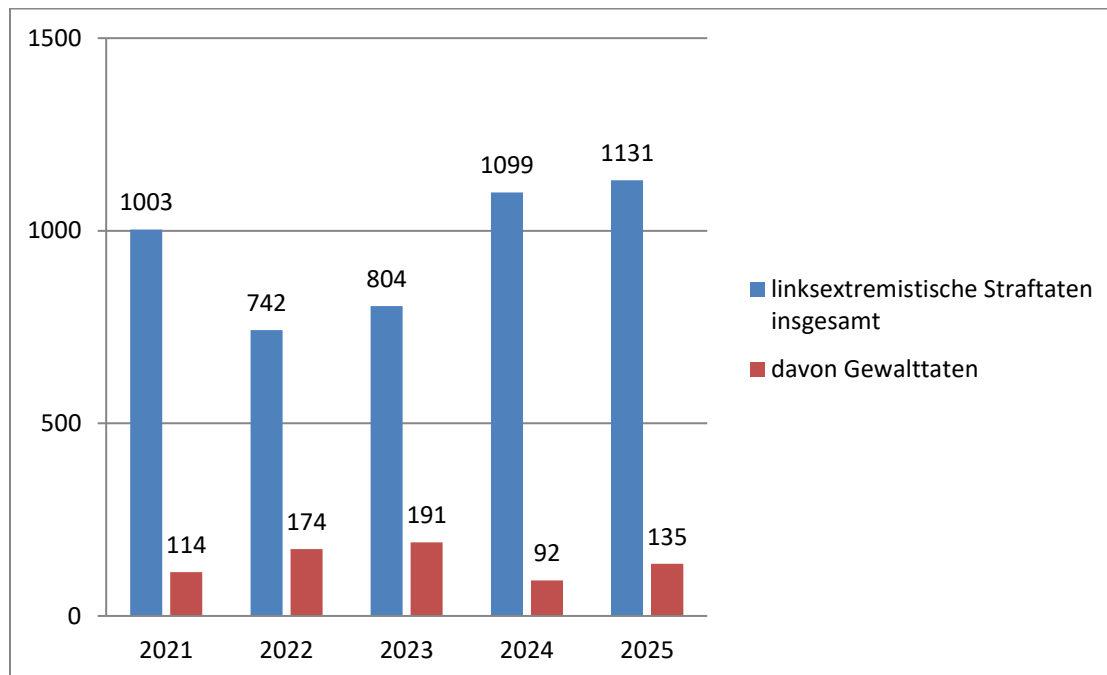
<sup>10</sup> vgl. Beitrag II.5.4 AUTONOME

<sup>11</sup> ohne Mehrfachmitgliedschaften

<sup>12</sup> ohne Mehrfachmitgliedschaften

## C. Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

### Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



In den drei Großstädten wurden etwa 60 Prozent aller linksextremistischen Straftaten begangen (2024: ca. 56 Prozent).

Der Anteil antisemitischer Straftaten bewegt sich dabei unverändert im einstelligen Bereich. Wurden im Jahr 2024 neun Straftaten registriert, waren es im Berichtsjahr vier. Antisemitische Gewalttaten wurden nicht verzeichnet.

Der deutliche Anstieg der Gewalttaten ist und bleibt ein Indiz dafür, dass die Anwendung von Gewalt für Linksextremisten unverändert ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ist.

Beispielgebend für diese Einschätzung sind vor allem folgende, mutmaßlich linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten:

- Im Zeitraum vom 6. bis 16. Juni wurden in Leipzig mehrere Straftaten im Zusammenhang mit der in Ungarn inhaftierten linksextremistischen Person „Maja“ T. verübt. Betroffen waren drei Filialen der Sparkasse, eine Filiale der Volksbank, eine Filiale der Agentur für Arbeit, ein Büro der Partei „Bündnis90/Die Grünen“ und ca. 50 Werbetafeln der Firma Ströer. An diesen Objekten wurden Scheiben eingeschlagen, Fassaden mit Farbkugeln beworfen und Graffiti gesprüht. Zu jeder dieser Aktionen wurden Bekennerschreiben auf [DE.INDYMEDIA.ORG](https://de.indymedia.org) veröffentlicht, deren anonyme Autoren sich auf den Hungerstreik von „Maja“ T. beziehen. Es wird u. a. dazu aufgerufen, sich „so oft es geht auf den Weg zu machen um Scheiben klirren zu lassen, solange Majas Hungerstreik andauert – Auf das unser Druck ausreicht, um diesen untragbaren Zustand zu beenden“. Außerdem wurde vorgeschlagen, sich als „*militante Unterstützungskampagne*“ zu formieren. In einem anderen Bekennerschreiben hieß es: „*Als solidarische Gefährt\*innen sehen wir in militanten Aktionen die Möglichkeit,*

*Majas Forderungen Nachdruck zu verleihen“ und „Um es klar zu machen: wir geben keine Ruhe, bis wir Maja nicht wieder haben“.<sup>13</sup>*

Der Angriff auf das Büro der Partei wurde mit deren Mitschuld an der Situation von „Maja“ T. begründet, da sich *„die Grünen mit feministischer Außenpolitik brüsten [während] Maja nach Ungarn ausgeliefert“* worden sei. Der Angriff auf die Agentur für Arbeit sei gerechtfertigt, weil diese *„Teil eines staatlichen Systems [ist], das Eigentum, Kapital und reiche Leute schützt und gleichzeitig strukturell Menschen in Armut hält“*. Die Beschädigung von Werbetafeln der Firma Ströer ist laut Bekenner schreiben Teil der *„militanten Support-Kampagne“* für „Maja“ T. und erfolgte darüber hinaus, weil Ströer *„dem Bundeskriminalamt seine Werbeflächen für die Öffentlichkeitsfahndungen gegen unsere GenossInnen (...) zur Verfügung gestellt“* hat. Die Verfasser beschrieben abschließend, wie und mit welchen Hilfsmitteln die Werbeflächen beschädigt werden könnten und in welchen Leipziger Stadtvierteln sich Werbeflächen befänden.

- Am 10. August verteilten unbekannte Täter in Chemnitz Buttersäure in das Innere eines Fahrzeuges. In einem auf [DE.INDYMEDIA.ORG](http://DE.INDYMEDIA.ORG) veröffentlichten Selbstbeziehungsschreiben wurde ausgeführt, dass der Geschädigte *„aktiv in der Identitären Bewegung Chemnitz“* sei. Weiter hieß es: *“Aktionen wie diese umzusetzen ist leichter als die meisten glauben. Es gibt viele Nazis mit Adressen, Autos usw., probiert euch aus! ;) Wir dürfen nicht zulassen, dass faschistische Strukturen weiter erstarken, ohne uns ihnen aktiv in den Weg zu stellen. Egal ob IB-Nazi-Hipster oder AfD, lasst uns dafür sorgen, dass Chemnitz nicht die Stadt ist in der Nazis ihre Arbeit verlegen können, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen!”<sup>14</sup>*

---

<sup>13</sup> Schreibweise wie im Original

<sup>14</sup> Schreibweise wie im Original

## Aufteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten

	linksextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2023	2024	2025	2023	2024	2025
Leipzig (Stadt)	437	250	287	156	50	64
Dresden (Stadt)	148	332	279	17	26	17
Chemnitz (Stadt)	35	29	112	1	0	2
Vogtlandkreis	10	14	10	0	0	0
Lkr. Zwickau	41	43	28	3	6	1
Erzgebirgskreis	10	29	38	1	0	5
Lkr. Mittelsachsen	24	72	37	5	1	3
Lkr. Meißen	23	51	118	1	0	37
Lkr. Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	13	49	33	0	0	1
Lkr. Bautzen	22	37	56	5	4	0
Lkr. Görlitz	20	120	72	1	1	3
Lkr. Leipzig	12	59	32	1	1	1
Lkr. Nordsachsen	9	14	29	0	3	1
<b>Freistaat Sachsen</b>	<b>804</b>	<b>1.099</b>	<b>1.131</b>	<b>191</b>	<b>92</b>	<b>135</b>

# V. AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS

## A. Wesentliche Entwicklungen

- YOUNG STRUGGLE LEIPZIG und HANDALA E.V./HANDALA LEIPZIG haben sich mit einem Potenzial von ca. 40 Personen fest in der Messestadt etabliert
- Hohes Mobilisierungs- und Aktionsniveau sowie Vernetzung mit Linksextremisten bei pro-palästinensischen Akteuren
- Gesellschaftliche Anschlussfähigkeit antiisraelischer Narrative ausgebaut
- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) entfaltet kaum noch Aktivitäten

## B. Personenpotenzial

Die auslandsbezogenen extremistischen Bestrebungen richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gefährden z. B. durch die Begehung von Straftaten und die fortwährende Bereitschaft zu aktionsorientiertem und gewaltbareitem Verhalten die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Dabei handelt es sich um kein einheitliches Spektrum. Politik, Strategie und Aktionen der nicht islamistischen extremistischen Organisationen in Deutschland werden ganz entscheidend von den Entwicklungen – insbesondere Veränderungen der allgemeinen politischen Lage, aber auch durch bedeutsame Einzelereignisse in den jeweiligen Herkunftsländern – bestimmt.

Linksextremistisch-separatistische Organisationen, wie die auch im Freistaat Sachsen aktive ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)<sup>15</sup>, verfolgen separatistische Bestrebungen in ihren Herkunftsländern und wollen dort meist radikale Veränderungen der politischen Verhältnisse herbeiführen, oftmals auch durch den Einsatz von Gewalt und Terror.

In Sachsen beläuft sich das Personenpotenzial im auslandsbezogenen Extremismus auf knapp 200 Personen. Der Anteil der Personen, die davon der kurdischen PKK zugerechnet werden, liegt bei ca. 150 Personen. Auch Mitglieder und Anhänger der Nachfolge- und Nebenorganisationen der PKK zählen dazu.

Durch die Entwicklungen im Nahostkonflikt haben sich im Freistaat Sachsen mit YOUNG STRUGGLE LEIPZIG (YS LEIPZIG) und HANDALA E. V. zwei Gruppierungen etabliert, denen insgesamt ca. 40 Personen zugerechnet werden. Zudem entfalteten pro-palästinensische Versammlungen, auf denen auch extremistische Inhalte verbreitet wurden, regelmäßig ein Mobilisierungspotenzial im unteren dreistelligen Bereich.

Die Terrorangriffe der HAMAS gegen Israel am 7. Oktober 2023 und das darauffolgende militärische Vorgehen Israels gegen terroristische Strukturen im Gazastreifen wirkten sich auch auf die Sicherheitslage in Deutschland aus. Im Freistaat Sachsen nahmen auch im Berichtsjahr pro-palästinensische und auslandsbezogene extremistische Gruppierungen öffentlichkeitswirksam Raum ein, d. h. sie organisierten oder beteiligten sich an pro-palästinensischen Versammlungen bzw. mobilisierten über die sozialen Medien zu extremistischen wie nicht extremistischen Protesten und verbreiteten als ihr Bindeglied immer

---

<sup>15</sup> Ende Februar 2025 rief der inhaftierte PKK-Führer ÖCALAN aus dem Gefängnis heraus dazu auf, die PKK aufzulösen und die Waffen niederzulegen. Im Mai 2025 wurde die Auflösung seitens der PKK zwar bekannt gegeben, bisher allerdings nicht vollzogen.

wieder israelfeindliche und zum Teil auch antisemitische Propaganda. Betroffen waren davon insbesondere die Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig, wobei die Messestadt eindeutig den Schwerpunkt des Protestgeschehens im Freistaat Sachsen bildete. Der Gebietskonflikt mit Israel stellt dabei den Hauptanknüpfungspunkt antisemitischer Agitation dar. Jüdinnen und Juden wird allenfalls die Möglichkeit einer Koexistenz in einem Staat „Palästina“ zugestanden, dessen Grenzen vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer reichen und das Staatsgebiet Israels einschließen sollen. Parolen wie „*From the river to the sea, Palestine will be free*“, wie sie auf den Straßen skandiert wurden, belegen, dass die Gruppierungen das Existenzrecht Israels negieren. Hauptakteure waren erneut der einseitig pro-palästinensische HANDALA E. V. sowie YOUNG STRUGGLE LEIPZIG, die auch mit der DOGMATISCH-LINKSEXTREMISTISCHEN SZENE vernetzt sind. Sie eint das Streben nach einer klassenlosen Gesellschaft und der Überwindung des Kapitalismus durch die Etablierung des Sozialismus als Übergangsphase zum Kommunismus. Damit werden die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung untergraben, die sich gerade durch die Bewahrung individueller Freiheitsrechte auszeichnet. Die Etablierung einer potenziell autoritären Herrschaftsform stünde demnach im Widerspruch zu den Werten einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund derartiger linksextremistischer Auffassungen wird Israel aus antizionistischen und antiimperialistischen Gründen abgelehnt. Religiöse oder rassistische Minderwertigkeitszuschreibungen in Bezug auf jüdische Menschen sind hierbei von untergeordneter Bedeutung.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> vgl. Verfassungsschutzbericht 2024 des Bundesministeriums des Innern, S. 52-53.

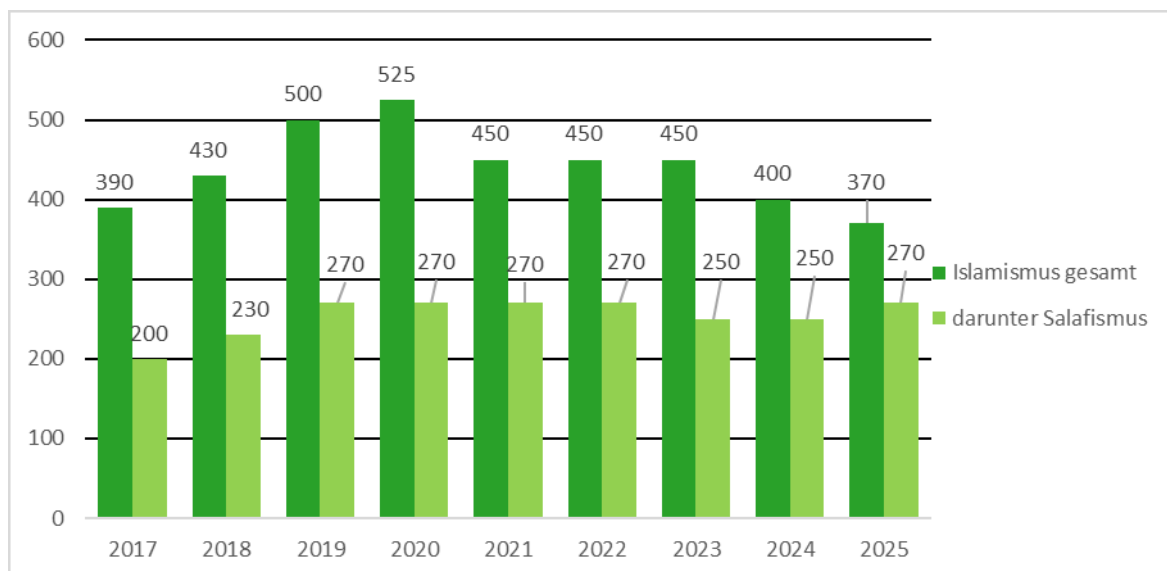
## VI. ISLAMISMUS

### A. Wesentliche Entwicklungen

- Personenpotenzial ist rückläufig und bleibt im Bundesvergleich auf niedrigem Niveau
- bewusster Missbrauch der Religion für verfassungsfeindliche Zielsetzungen
- Salafisten erzielen enorme Reichweite durch die Übertragung von Predigten und Vorträgen in den sozialen Medien und bei Messengerdiensten („TikTokisierung“); junge Influencer als „Sprachrohre“ für verfassungsfeindliche Ziele
- Unverändert abstrakt hohe Gefahr von Terroranschlägen

### B. Personenpotenzial

#### Islamistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



Wie in den Vorjahren bewegt sich das islamistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen im Bundesvergleich auf niedrigem Niveau. Verglichen mit 2024 reduzierte es sich im Berichtsjahr erneut, und zwar auf etwa 370 Personen.

Das salafistische Personenpotenzial als Teilmenge des islamistischen Personenpotenzials stieg allerdings im Jahr 2025 nach einem Rückgang in den Jahren 2023 und 2024 wieder auf etwa 270 Personen an. Es umfasst sowohl politische als auch jihadistische Salafisten.

### C. Erscheinungsformen des Islamismus und Aktivitäten

#### *Legalistischer Islamismus*

Legalistische Islamisten verfolgen eine Doppelstrategie („Wolf im Schafspelz“): Sie sind bestrebt, mittels Lobbyarbeit ihre auf islamistischer Ideologie basierenden Vorstellungen zum gesellschaftlichen und individuellen Leben auf legalem Weg sowie unter Ausnutzung der Möglichkeiten des deutschen Rechtsstaates durchzusetzen. Repräsentanten dieser

Organisationen geben sich in der Öffentlichkeit offen, tolerant und dialogbereit. Unter Vortäuschung demokratischer Absichten versuchen sie, Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu erlangen. Nach innen bzw. in den Gemeinden sind sie jedoch bestrebt, insbesondere junge Muslime von ihren islamistischen Positionen für ein Scharia-konformes Leben zu überzeugen. Dabei werden auch solche Prinzipien und Werte vermittelt, die nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sind und darüber hinaus die Entwicklung islamistisch geprägter Parallelgesellschaften unterstützen.

In Deutschland und damit auch im Freistaat Sachsen werden legalistische Islamisten hauptsächlich in drei Bereichen aktiv: Einflussnahme auf die Politik, Mitgliedergewinnung und Bildungsarbeit. Dabei sind sie oftmals in übergeordneten muslimischen Verbänden organisiert. Mittels dieses „Sprachrohrs“ versuchen sie, bestimmte gesellschaftliche Themen, wie die staatliche Imam-Ausbildung oder den islamischen Religionsunterricht, zu beeinflussen und sich dem Staat als Ansprechpartner für die Belange von Muslimen anzubieten. Zudem versuchen sie, für ihre jeweilige Organisation und im Sinne der Ideologieverbreitung neue Mitglieder zu werben. Hierzu unterhalten sie Moschee- und Kulturvereine oder organisieren Vorträge und andere Veranstaltungen. Auch die Jugend- und Bildungsarbeit ist ein wichtiger Bereich, in dem sie aktiv sind. Es werden Koran- und Sommerschulen sowie zielgruppenorientierte Schulungs- und Freizeitaktivitäten in Deutschland organisiert. Die Jugend- und Bildungsarbeit dient vor allem dem Zweck, die eigene Islaminterpretation zu verbreiten, um damit geeigneten Nachwuchs zu rekrutieren.

In Deutschland tritt die MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB) als „Vertreter“ des legalistischen Islamismus zwar nicht offen in Erscheinung, wird aber von Organisationen wie der DEUTSCHEN MUSLIMISCHEN GEMEINSCHAFT (DMG) als Teil einer weltweiten „islamischen Bewegung“ angesehen. Eine weitere Organisation aus dem Spektrum der MB ist der MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E. V. (MKBD) im Freistaat Sachsen. Die HAMAS ist Ende 1987 aus dem palästinensischen Zweig der MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB) hervorgegangen.

## **Salafismus**

Die Sicherheitsbehörden unterscheiden grundsätzlich zwischen politischem und jihadistischem Salafismus. Während beide Strömungen auf der gleichen ideologischen Grundlage beruhen, unterscheiden sie sich jedoch in der Wahl der Mittel, mit denen sie ihre Ziele verwirklichen wollen. Dennoch besitzen beide Ausprägungen eine immanente Gewaltorientierung. Dies führt im Ergebnis dazu, dass der Übergang vom politischen zum jihadistischen Salafismus fließend ist und sich beide Richtungen mitunter nicht klar voneinander abgrenzen lassen.

Vertreter des **politischen** Salafismus betonen den friedlichen Charakter des Islam und positionieren sich teilweise ausdrücklich gegen Terrorismus. Dennoch wird die Anwendung von Gewalt – ausgehend von einer subjektiv konstruierten Bedrohungslage – auch von Vertretern des politischen Salafismus in bestimmten Fällen für zulässig erklärt.

Von **jihadistischem** Salafismus als einem Teilbereich des islamistischen Terrorismus sprechen die Sicherheitsbehörden dagegen, wenn die Anwendung terroristischer Gewalt von vornherein ideologisch legitimiert wird und der bewaffnete Kampf gegen „Ungläubige“ als zentrales Mittel gesehen wird, um das eigene Islamverständnis zu „verteidigen“ und zu verbreiten bzw. um politische Macht zu erlangen.

Akteure des politischen Salafismus sind unverändert auch im Freistaat Sachsen aktiv. Den Schwerpunkt salafistischer Strukturen im Freistaat Sachsen bildet seit Jahren der Verein ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN MOSCHEE in Leipzig.

Zudem liegen dem LfV Hinweise zu Personen vor, die mit der jihadistischen Ideologie sympathisieren bzw. sympathisiert haben. Wie in den Vorjahren bewegt sich dabei das hiesige Personenpotenzial im bundesweiten Vergleich auf niedrigem Niveau.

Gerade der politische Salafismus als dynamischste islamistische Bewegung bietet mit seiner Ideologie einen gefährlichen Nährboden, der unter Umständen zur Radikalisierung von Personen führen und damit auch als „Durchlauferhitzer“ bzw. Katalysator bezüglich einer jihadistischen Islamauslegung dienen kann. Wegen der immer weiter zunehmenden und schwer eingrenzbaeren Verbreitung salafistischer Inhalte in den sozialen Medien und Messengerdiensten (Stichwort „TikTokisierung“) ist damit zu rechnen, dass die Anhängerzahl dieser verfassungsfeindlichen Ideologie deutschlandweit, und damit auch in Sachsen, mittel- bis langfristig zunehmen kann. Zudem ist von einem entsprechenden „Dunkelfeld“ auszugehen.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der radikalisierende Einfluss salafistischer und jihadistischer Propaganda auf Jugendliche, die sich in einer Identitätsfindungsphase befinden und daher als besonders anfällig für salafistische Missionierungs- und Indoktrinierungsversuche der oftmals charismatischen und redegewandten salafistischen Prediger sowie der jihadistischen Propaganda allgemein gelten. Auch im Islamismus lässt sich feststellen, dass Indoktrinierung und Radikalisierung nicht nur in kleinen konspirativen Zirkeln, sondern verstärkt in den sozialen Medien stattfinden. Junge Influencer gelten als bereitwillige Sprachrohre für die Verbreitung der salafistischen Propaganda.

Wie in den Vorjahren geht die größte Gefahr vor allem von durch den IS inspirierten Einzeltätern aus, die versuchen, mit leicht zu beschaffenden Tatmitteln möglichst viele Menschen zu töten. Zudem entspricht die Durchführung von Seiten der Terrororganisationen selbst gesteuerten, komplexen und groß angelegten Anschlägen weiterhin ganz der jihadistischen Ideologie.

Der Nahost-Konflikt dient darüber hinaus als Projektionsfläche, um antisemitische Propaganda zu verbreiten, ein muslimisches Opfernarrativ zu bedienen sowie Hass gegen Juden und deren „Unterstützer“ zu erzeugen.

## **C. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten ausländische Ideologie und religiöse Ideologie**

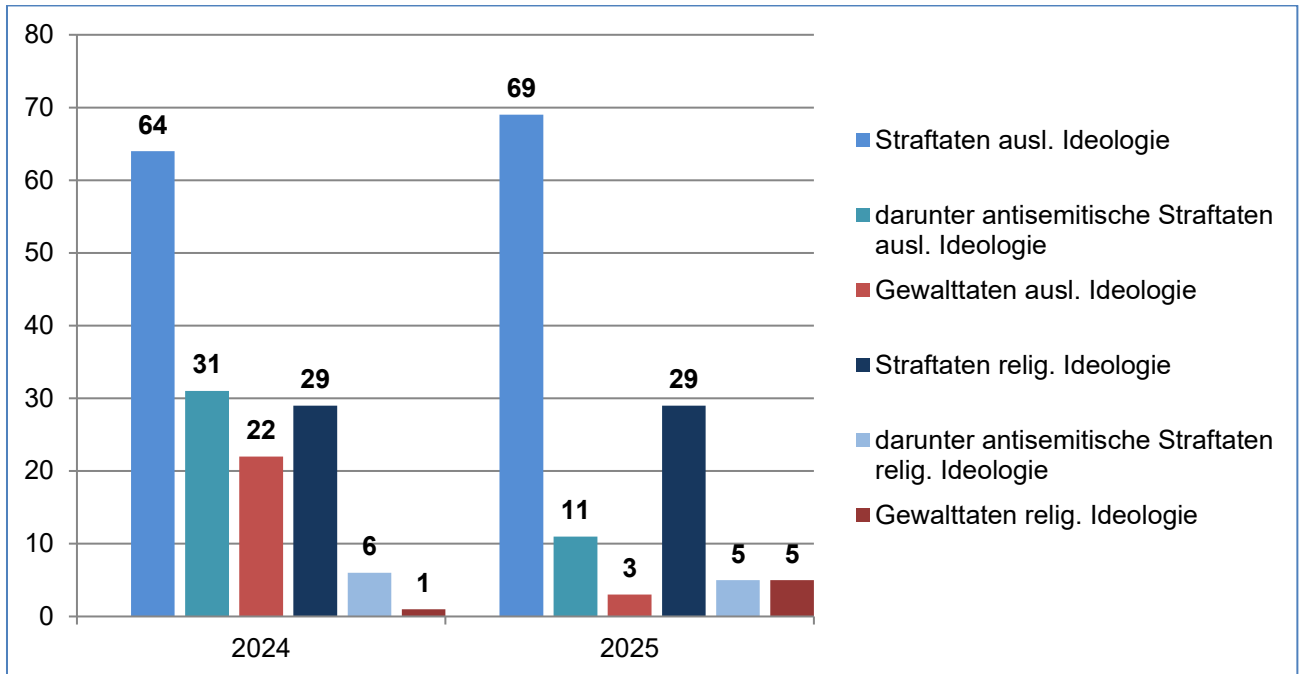
Der seit dem Jahr 2017 als „ausländische Ideologie“<sup>17</sup> und „religiöse Ideologie“<sup>18</sup> bezeichnete Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist im Vergleich zu den Straf- und Gewalttaten in den anderen extremistischen Phänomenbereichen im Freistaat Sachsen nur von marginaler Bedeutung. So machte er im Berichtsjahr etwas mehr als zwei Prozent des Gesamtaufkommens extremistischer Straftaten aus.

---

<sup>17</sup> Die Kategorie „PMK – ausländische Ideologie“ bildet ab, inwieweit im Ausland begründete nicht religiöse Ideologien nach Deutschland hereingetragen werden und hier den Hintergrund für Straftaten bilden. Hiervon sind aus dem Ausland stammende, separatistische, rechte und linke Ideologien, also sämtliche ausländische nicht religiöse Ideologien, umfasst. Die Staatsangehörigkeit der Täter ist hierbei unerheblich (vgl. auch Internetseite des Bundeskriminalamtes: [www.bka.de](http://www.bka.de))

<sup>18</sup> Der Kategorie „PMK – religiöse Ideologie“ werden Straftaten zugerechnet, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine religiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war und die Religion zur Begründung der Tat instrumentalisiert wird (vgl. auch Internetseite des Bundeskriminalamtes: [www.bka.de](http://www.bka.de)).

Im Jahr 2025 sank die Anzahl der Straftaten im Bereich ausländische und religiöse Ideologie um etwa zehn Prozent auf 106 Straftaten. Die darin enthaltene Zahl der Gewaltdelikte hat sich gegenüber dem Vorjahr von 23 auf acht reduziert. Im Berichtsjahr wurden 16 (2024: 37) antisemitische Straftaten, darunter eine Gewalttat, verzeichnet.



# VII. SPIONAGE UND SABOTAGE IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

## A. Wesentliche Entwicklungen

- Russische Nachrichtendienste verfolgen eine Strategie der hybriden Kriegsführung: klassische Spionage, Sabotage, Cyberangriffe, Desinformation und illegale Proliferation gegen den „Westen“
- China strebt die globale Markt- und Technologieführerschaft in zehn Zukunftsbranchen an und spioniert zu diesem Zweck gezielt Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung aus
- Ziel von Sabotageaktivitäten ist zunehmend die Kritische Infrastruktur (KRITIS) der westlichen Welt
- Das LfV Sachsen informiert Interessenten und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft schnell und gezielt u. a. über elektronische Angriffskampagnen und bietet Unterstützung bei Abwehrmaßnahmen an

## B. Überblick

### Russische Föderation

Die Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin Gegenstand intensiver und vielschichtiger Aufklärungs- und Einflussnahmeaktivitäten russischer Nachrichtendienste. Die Bedrohungslage ist komplex und erfordert eine umfassende Betrachtung der eingesetzten Methoden, der verfolgten Ziele und der sich wandelnden Taktiken. Russische Nachrichtendienste, darunter der Inlandsnachrichtendienst FSB<sup>19</sup>, der militärische Auslandsnachrichtendienst GRU<sup>20</sup> sowie der zivile Auslandsnachrichtendienst SWR<sup>21</sup>, verfolgen eine Strategie der hybriden Kriegsführung, die klassische Spionage, Sabotage, Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und illegale Proliferation kombiniert. Ziel ist es, die deutsche Politik zu beeinflussen, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen, das Vertrauen in staatliche Institutionen zu untergraben und die Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Europäischen Union sowie der NATO einzuschränken. Die Aufklärung konzentriert sich primär auf die deutsche Außen-, Sicherheits-, Finanz- und Energiepolitik, wobei insbesondere zivile und militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine im Fokus stehen. Aufgrund der bedeutenden Rolle Deutschlands als logistische Drehscheibe der NATO geraten somit militärische Liegenschaften sowie Logistik- und Rüstungsunternehmen verstärkt in den Blick russischer Aufklärungsbemühungen. Besondere Aufmerksamkeit gilt zudem politischen Entscheidungsträgern, hochrangigen Beamten, sog. Denkfabriken<sup>22</sup>, Medien und Nichtregierungsorganisationen, die Russland-bezogene Themen behandeln. Beeinflussungsaktivitäten zielen einerseits auf eine Verbreitung prorussischer Meinungsäußerungen und andererseits auf eine Marginalisierung kritischer Stimmen ab.

Die verstärkte Ausweisung russischer Diplomaten und die Schließung von Konsulaten haben die Möglichkeiten für klassische Spionageaktivitäten eingeschränkt. Als Reaktion darauf verschieben russische Dienste den Schwerpunkt auf subtilere und schwerer nachweisbare Methoden. Dazu gehören der Einsatz von Agenten ohne offizielle diplomatische Abdeckung,

---

<sup>19</sup> Föderaler Dienst für die Sicherheit der Russischen Föderation

<sup>20</sup> Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation

<sup>21</sup> Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation

<sup>22</sup> Organisationen, die sich mit der Erforschung und Analyse von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen befassen, um politische Entscheidungsträger und andere Interessengruppen mit Empfehlungen und Lösungen zu versorgen.

die sich als Geschäftsleute, Journalisten oder Wissenschaftler ausgeben („Non Official Cover“), kurzfristig entsandte Agenten, die unter dem Deckmantel von Geschäftsreisen oder kulturellen Austauschprogrammen agieren („Reise-Agenten“), sowie Agenten mit gefälschter Identität, die im Operationsgebiet leben und arbeiten („Illegale“). Eine weitere Möglichkeit ist die Rekrutierung von sog. „Wegwerfagenten“ oder „Low-Level-Agenten“. Diese werden im Auftrag ausländischer Nachrichtendienste mit Hilfe weiterer vermittelnder Personen über Kanäle in den sozialen Medien angeworben, um für ein geringes Entgelt Straftaten im Zielland zu begehen.<sup>23</sup> Häufig wissen diese Wegwerfagenten nicht, in wessen Auftrag sie handeln. Sie können bei Aufdeckung aufgrund der Anonymität des Vorgangs schnell fallen gelassen – „weggeworfen“ – werden und der Auftraggeber kann seinerseits eine Verwicklung in diesen Vorgang leicht abstreiten. Auch Cyberaktivitäten nehmen sowohl hinsichtlich ihrer Intensität als auch Komplexität zu und zielen auf Informationsgewinnung, Sabotage von IT-Systemen und die Verbreitung von Desinformationen insbesondere über soziale Medien ab.

Russische Desinformationskampagnen, wie sie durch das „Doppelgänger“-Netzwerk betrieben werden, zielen darauf ab, die öffentliche Meinung zu manipulieren und gesellschaftliche Polarisierung zu verstärken. Dabei nutzen die Kampagnen Onlineauftritte etablierter deutscher Leitmedien und errichten authentische Webseiten sowie Social-Media-Accounts zur Verbreitung eigener Botschaften, um Misstrauen zu säen und das Vertrauen in Medien und Institutionen zu untergraben. Die Verbreitung von Verschwörungstheorien und die gezielte Diffamierung politischer Gegner sind gängige Methoden. Aufgegriffen werden Themen, die sich gut für eine Emotionalisierung eignen. Dazu gehören beispielsweise Beiträge zu den Themen Migration, Klimaschutz und Energiewende. Aktuelle Themen der „Doppelgänger“-Websites waren zudem die Unterstützung des Westens für die Ukraine sowie die Sanktionen gegen Russland. In Windeseile können Desinformationen Gesellschaften in ihrer Meinungsbildung beeinflussen oder spalten. Mittel- bis langfristig zielen solche Kampagnen darauf ab, das politische System des Westens zu destabilisieren.<sup>24</sup> Die Kampagne „Ghostwriter“, die dem GRU zugeschrieben wird, verdeutlicht die Gefahr russischer Cyberangriffe, die nicht nur auf Informationsgewinnung, sondern auch auf die Störung kritischer Infrastrukturen (KRITIS) und die Sabotage von IT-Systemen abzielen.

## **Volksrepublik China**

Der Schwerpunkt chinesischer Interessen liegt auf den zehn Zukunftsbranchen, in denen China die globale Markt- und Technologieführerschaft anstrebt: Meerestechnik und Schifffahrt, Schienenverkehrstechnik und Medizintechnik, elektrische Ausrüstung, Industrierobotik und Roboterbau, neue Informationstechnologien sowie Luft- und Raumfahrttechnik. Im Bereich der wissenschaftlichen Forschung sind vor allem die Gebiete der Mikroelektronik, der Biotechnologie, der Umwelttechnologie und der erneuerbaren Energien von großer Bedeutung. Wenngleich die zehn Zukunftsbranchen im besonderen Fokus der Volksrepublik China stehen, ist aus chinesischer Sicht im Grunde genommen jede Information wichtig, die dem Land einen Vorteil bringt.

Der Know-how-Bedarf ist nicht zuletzt durch die Sanktionen der USA gegenüber China gestiegen. Umso mehr stehen vor allem innovative deutsche – und somit auch sächsische – Unternehmen und Hochschuleinrichtungen mit ihren Spitzentechnologien im Blickfeld

---

<sup>23</sup> Vgl.: Gemeinsame Informationskampagne zu „Low-Level-Agenten“ des BKA und der Nachrichtendienste, Pressemitteilung BfV vom 02.09.2025, <https://www.verfassungsschutz.de> und [www.verfassungsschutz.sachsen.de](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de).

<sup>24</sup> Vgl. zum Thema „Desinformation“ auch das umfangreiche Informationspapier des LfV Sachsen auf [www.verfassungsschutz.sachsen.de](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de) sowie die übergreifende Betrachtung „Mission abstreiten, verzerren, ablenken und verunsichern – Russische Desinformationskampagnen im Kontext des Krieges in der Ukraine“ im Verfassungsschutzbericht 2022 des Freistaates Sachsen, S. 22-29.

chinesischer Nachrichtendienste. Vor diesem Hintergrund bemüht sich China immer intensiver um Zugänge zu Unternehmen, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Chinesische Studenten, Doktoranden und (wissenschaftliche) Arbeitskräfte werden ganz gezielt mit Ausforschungs- und Beschaffungsaufträgen betraut, um in Unternehmen und an Universitäten oder Forschungseinrichtungen im Ausland Wissen abzuschöpfen und dieses (illegal) nach China zu transferieren. Insbesondere Programme, wie der „Tausend-Talente-Plan“, sorgen dafür, dass chinesische Wissenschaftler ihre Expertise im Sinne der Volksrepublik einsetzen und so dem Land zum Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht verhelfen.

Deutlich wird das Streben der chinesischen Staats- und Parteiführung nach Wissensbeschaffung zum Zwecke des Machtzuwachses auch in der Strategie der „zivil-militärischen Fusion“. Das Konzept sieht vor, nicht nur zivile Akteure im Sinne der Wissensbeschaffung einzusetzen, sondern parallel auch die militärische Komponente zur Absicherung der chinesischen Interessen zu stärken. Hierfür benötigt China modernste Technologien, die das Land kurz- und mittelfristig nicht selbst entwickeln kann, sondern diesbezüglich auf die Beschaffung im Ausland angewiesen ist.

Neben den chinesischen Nachrichtendiensten spielen parallel immer häufiger auch andere Akteure, wie z. B. Unternehmensvertreter im Ausland, in Deutschland tätige chinesische Auslandskorrespondenten oder chinesische Cybergruppierungen, eine wichtige Rolle. Diese Personen unterstützen die Nachrichtendienste bei ihren Ausforschungs- und Beschaffungsbemühungen.

Ein weiteres Betätigungsfeld chinesischer Nachrichtendienste ist die Ausspähung und Bekämpfung in Deutschland lebender Oppositioneller, die aus Sicht der chinesischen Staats- und Parteiführung das Machtmonopol der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) infrage stellen und die „nationale Einheit“ bedrohen. Dazu gehören neben nach Deutschland geflohenen Regimekritikern auch Angehörige der von chinesischen Behörden als „Fünf Gifte“ bezeichneten Bewegungen. Zu den „Fünf Giften“ zählen die nach Unabhängigkeit strebenden ethnischen Minderheiten der Uiguren und Tibeter, die regimekritische Falun-Gong-Bewegung, die Demokratiebewegung und die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit der Insel Taiwan.

### **Weitere Informationen:**

1. Der vollständige Verfassungsschutzbericht 2025 ist ab dem 9. Juni 2026, 13.00 Uhr, im Internet unter [www.verfassungsschutz.sachsen.de](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de) abrufbar.
2. Zu einem späteren Zeitpunkt ist der Bericht darüber hinaus auch als Druckexemplar verfügbar.